

## **Beschluss**

des Vorstandes des Verbands der Öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (VÖWG), in der Sitzung am 14.12.2012

### **betreffend kommunale Wasserversorgung sichern**

Der VÖWG beobachtet mit Sorge die Pläne der Europäischen Kommission (EK), die Trinkwasserversorgung in Europa für den Wettbewerb zu öffnen.

Obwohl bereits einige Kommunen in der EU negative Erfahrungen mit der Privatisierung der Trinkwasserversorgung machen mussten, treibt die EK ihre Liberalisierungsbestrebungen stetig voran. Für private Unternehmen stehen schnelle Gewinne und die Interessen der Shareholder im Vordergrund. Diese Bestrebungen stehen jedoch im deutlichen Widerspruch zu den Interessen der Stakeholder und den Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge. Unsere Besorgnis stützt sich auf zahlreiche empirische. Diese sind u.a.:

- In Deutschland wurde die Wasserversorgung in manchen Städten bereits rekommunalisiert bzw. der Prozess der Rekommunalisierung läuft;
- In Frankreich übernimmt Paris wieder die kommunale Wasserversorgung;
- Auch Budapest rekommunalisiert die Wasserversorgung.

Der VÖWG tritt dafür ein, dass es in Österreich erst gar nicht so weit kommt. Die leistbare, qualitativ hochwertige und verlässliche Bereitstellung von Trinkwasser muss weiterhin gewährleistet und somit in öffentlicher Hand bleiben.

Der Vorstand des Verbands der Öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs fällt somit einstimmig den Beschluss,

**den Vorschlag der Europäischen Kommission zu den Konzessionen abzulehnen und darüber hinaus die EU-weite Initiative [Right2Water](#) zu unterstützen.**

Wien, 14.12.2012